

Erscheint wöchentlich 6 mal Abends.
Abonnement-Preis für Thorn bei Abholung in der Expedition,
Brückenstraße 34, in den Depots und bei allen Reichs-Post-
anstalten 1,50 Mark vierteljährlich, 50 Pf. monatlich, in's Haus
gebracht 2 Mark.

Insertionsgebühr
die gesp. Zeitzeile oder deren Raum 10 Pf., Kellameisell Zelle 20 Pf.
Inserat-Annahme: in der Expedition, Brückenstr. 34, für die Abend-
escheinende Nummer bis 2 Uhr Nachmittags.
Auswärts: Sämtl. Amerikaner-Expeditionen, in Gollub: H. Tuchte.

Thorner Ostdeutsche Zeitung.

Redaktion: Brückenstraße 34, I. Etage.
Sprechzeit: 10—11 Uhr Vormittags und 3—4 Uhr Nachmittags

Auskunfts-Mitschluß Nr. 46.
Inseraten-Annahme für alle auswärtigen Zeitungen.

Expedition: Brückenstraße 34, parterre.
Geöffnet von Morgens 8 Uhr bis Abends 8 Uhr.

Ein letztes Mahnwort.

Morgen sollen die Wählter die Entscheidung über die Zusammensetzung des neuen preußischen Landtages treffen. Da gilt es für alle liberalen Männer auf dem Platz zu sein. Man muß sich endlich darüber klar sein, daß eine geringe Wahlteiligung ausschließlich den Parteien der Reaktion zu Gute kommt. Deren gezwungene Anhängerschaft wird ja doch ziemlich vollzählig mit Hilfe des bekannten Wahlapparats zur Stelle geschafft. Die Beamten und alle die, welche auf das Wohlwollen der Behörden Werth legen, lassen die Gelegenheit nicht vorübergehen, durch öffentliche Abstimmungen ihre gute Gesinnung zu bekunden. Um so mehr ist auf der Gegenseite die Gesinnungsfreudigkeit bei denen zu vermissen, welche ein natürliches Interesse daran haben, daß der Freiheit auf allen Gebieten des Staatslebens der Weg gehobt wird. Hier werden bald diese, bald jene Rücksichten geltend gemacht, welche es gerathen erscheinen lassen, sich zurückzuhalten, man fürchtet üble Folgen von der Abstimmung, und namentlich zeigen alle diejenigen, welche irgendwie der Gefahr chicanöser Behandlung durch Behörden ausgesetzt sind, große Scheu, diese Behörden durch Bekundung einer mißliebigen vermerkten politischen Gesinnung gegen sich einzunehmen. Mit diesen Rücksichten, mit dieser falschen Scheu sollte einmal aufgeräumt werden, und es wäre auf das Dringlichste zu wünschen, daß größere Kreise der Wählerschaft einige mögliche Schädigungen in den Kauf nehmen und ihre politische Überzeugung rüchhallos zum Ausdruck brächten. Gegen die Beeinflussungen und Verfolgungen aus politischen Gründen giebt es schließlich doch auch ganz wirksame Gegenmittel, und das allerwirkksamste ist die Anrufung der Deffensibilität. Man stelle jeden solchen Fall an den Pranger und gebe ihn der öffentlichen Verachtung preis. Mehr als je ist es diesmal patriotische Pflicht, rüchhallos und mit aller Kraft den Kampf gegen die politische Demoralisation aufzunehmen, die sonst dem Staatskörper schweren Schaden zufügen muß.

Wähler! Es steht doch genug auf dem Spiele. Lange Zeit hat man geglaubt, der preußische Landtag habe für die praktische Gesetzgebung doch keine sonderliche Bedeutung, und es lohne sich nicht, bei den Wahlen eine regere Anteilnahme zu entfalten. Die verhängnisvollen Folgen dieser Gleichgültigkeit werden jetzt in der Verwaltung und Gesetzgebung überall sichtbar. Niemals hätte man es gewagt, der Selbstverwaltung so ungeschickt Fesseln anzulegen, wenn die Linke in der Kammer stark genug wäre, um mit vollem Nachdruck gegen solche Versuche vorzugehen. Und bei einem anders zusammengeführten Hause hätte es ein Minister des Innern gewiß nicht wagen dürfen, mit gesetzgeberischen und Verwaltungsmassnahmen zu kommen, bei denen von Volksrechten nicht mehr die Rede sein kann, und ebenso wenig hätte man da nicht von einem Erlass gehabt, welcher die Polizei ermahnt, bei Ausläufen gleich schaft zu schießen und einzuhauen. Und wenn auch sonst überall der gleiche reaktionäre Zug hervortritt, die Junkerherrschaft in der Landräthschaften bildet eine genügende Erklärung dafür.

Wie hier, so handelt es sich auch auf anderen Gebieten darum, Zwang und Unterdrückung abzuwehren. In der Verwaltung, in der Schule, in der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung und nicht zuletzt in der allgemeinen politischen Betätigung, überall will man die Freiheit erstickt und unter die Aufsicht der Polizei stellen. Man sollte meinen, das freiheitlich gesinnte Bürgertum müßte dagegen wie ein Mann aufstehen und zusammenwirken gegen die Wahl von Kandidaten, welche dazu mithelfen wollen, seine Freiheiten zu Grabe zu tragen.

Dieser Junkerherrschaft gilt es nach Möglichkeit Abbruch zu thun, und dazu müssen alle mithelfen, wobei noch ein Gefühl für Freiheit und Selbstständigkeit haben. Es gilt, freiheitlich

gefürchte und unabhängige Männer wie unsere beiden Kandidaten

Gutsbesitzer Dommes-Morezyn

und

Kaufmann Kittler-Thorn zu wählen, welche nachdrücklich und ohne Scheu gegen die Annahmen der Reaktion auftreten werden. Der preußischen Kammer thun unabhängige Männer wahrhaft noch gegenüber dem Chor der Landräthe und sonstigen Regierungsbeamten. Sache der Wähler ist es, durch die Wahl liberaler Wahlmänner für eine bessere Zusammensetzung dieser bisherigen Volksvertretung zu sorgen.

Deutsches Reich.

Von einer Rückkehr des Prinzen Heinrich aus Ostasien soll, wie die "Berl. Neuest. Nachr." von angeblich wohlunterrichteter Seite erfahren haben wollen, in Jahr und Tag keine Rede sein, da es in den persönlichen Wünschen desselben liege, noch längere Zeit im Verbande des Kreuzergeschwaders Dienst zu thun.

Neben die Abrüstungsfrage hat der russische Minister des Auswärtigen, Graf Murawiew, sich in Wien mit Frau Bertha v. Suttner unterhalten. Dabei erklärte der Minister nach der "Neuen Freien Presse", sie hoffe zuversichtlich, daß die Anerkennung Russlands allmählich die Welt erobern werde. Er verhehle sich aber durchaus nicht die Schwierigkeiten des Werkes. Die Errichtung des Ziels in kurzer Zeit sei nicht zu erhoffen. Vorläufig sei ein Stillstand in den Rüstungen sowie ein Innthalten in den Erfindungen die erste Etappe. Es sei nicht zu hoffen, daß die Staaten in eine gänzliche Abrüstung oder auch nur in eine Verengung der Kontingente willigen würden. Wenn man aber zu einem vereinbarten Innthalten im Wettkampf gelange, so wäre dies schon ein günstiges Ergebnis. Überhaupt sei, ohne nach den möglichen Resultaten zu fragen, schon die Thatache, daß der Kaiser die Initiative ergriffen habe, als glückliches Ergebnis zu betrachten. Der Minister äußerte sich ferner sympathisch über die Tätigkeit der Friedensvereine und betonte die Notwendigkeit der Unterstützung seitens der Presse in den Friedensfragen. Über den Fortgang der Aktion äußerte Murawiew sich zuversichtlich; er habe auch von der französischen Regierung die entgegenkommenden Versicherungen erhalten.

Die große Kanalvorlage wird nach dem "Hannov. Cour." voraussichtlich umfassen: 1. für den Dortmund-Rheinalkanal 68 Millionen, 2. für den Mittellandkanal 192 Millionen, 3. für die Weserkanalisierung 20 Millionen, 4. für den Großschiffahrtsweg Berlin-Stettin 40 Millionen, 5. für den Nusurischen Kanal 30 Millionen und 6. für sonstige kleinere Wasserbauten, insbesondere auch im Odergebiet 50 Millionen. Insgesamt also werden in der Vorlage 400 Millionen für Kanalbauten gefordert.

Schutz des Mittelstandes. Die "Breslauer Zeitung" berichtet: "Im land- und forstwirtschaftlichen Verein in Gleiwitz hielt Regierungsschaffeur zu Nieden von der Landwirtschaftskammer in Breslau einen Vortrag über: 'Die schlesische Spiritus-Verwertungs-Genossenschaft'. Im Verlauf desselben führte Redner aus: 'In Pommern habe man bereits schöne Erfolge erzielt. Dort seien die kleinen Zwischenhändler verschwunden. Die dortige Genossenschaft habe einen Neingewinn von über 10 000 M. erzielt.'

In Berliner Kreisen, welche in den höheren Regionen Bescheid wissen, glaubt man, wie die "Frei. Ztg." schreibt, dem Aufruf vieler angesehener Konservative, welcher eine Absage an die konservativen Parteien im Wahlkreis Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg enthält, eine noch weit über das Wahlinteresse und die Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses hinausgehende Bedeutung bei-

zeien zu müssen. Das Hervortreten von Männern, welche in ihrer großen Mehrzahl sonst dem Parteiwesen fern stehen und in der Öffentlichkeit selten hervortreten, erinnert an die öffentlichen Kundgebungen, wie sie 1892 dem Umschwung unmittelbar vorhergehenden Gesellen Anzeichen vorliegen, wonach die Ausführung des Aufsatzes Stimmen reflektieren, die geeignet sind, die Agrarier zu beunruhigen und selbst einem so elastischen Politiker wie Herrn v. Miquel Sorge zu bereiten. Wie weit dies begründet ist, kann sich natürlich erst nach der Kaiserreise herausstellen.

Die "Nordd. Allg. Ztg." schreibt: "Ein Theil der Presse hat die Forderung erhoben, der Gesetzentwurf zum Schutze der Arbeitswilligen solle alsbald veröffentlicht werden. Diese Forderung ist schon deshalb unerschöpfbar, weil der Entwurf noch nicht alle Instanzen bis zu seiner Feststellung für die Beratungen der gesetzgebenden Räte hergestellt durchlaufen hat. Dass der Entwurf weder dem Grundsatz der Koalitionsfreiheit, noch dem System des Strafgesetzbuchs widersprechen wird, ist selbstverständlich."

Die Altonaer Kriminalpolizei verhaftete den Schirmmacher Oldenburg, welcher erklärt haben soll, daß ihn das Loos getroffen habe, den deutschen Kaiser auf der Rückreise nach Deutschland zu ermorden. — Aus der ganzen Fassung der Nachricht scheint hervorzugehen, daß man es weniger mit einem Anarchisten als mit einem Geistesgestörten zu ihm haben dürfte. Unter Anarchisten dürfte es kaum Usus sein, die Absicht ihrer schrecklichen Verbrechen hinauszuspannen. — Neben einer weiteren Anarchistenverhaftung, die mit der Kaiserreise in Verbindung steht, wird aus Alexandria telegraphiert: Ein in Spanien und Frankreich wohlbekannter Anarchist wurde an Bord des "Papayanni" verhaftet. Das Schiff kam von Malta und ist nach Mozedonien bestimmt. Der Verhaftete war von Italien nach Malta gereist, schrieb sich dort für die Fahrt nach Alexandria ein und beabsichtigte, Palästina zu besuchen. Die Polizeibehörden, das britische und italienische Konsulat erwarteten ihn bereits in Alexandria und verhafteten ihn, ehe er an Land ging.

Wegen Majestätsbeleidigung, begangen durch ein Gedicht, ist auf das Ersuchen der Münchener Staatsanwaltschaft am Dienstag in Berlin die neueste Nummer des Wochblattes "Simplificimus" beschlagnahmt worden. 14 000 Exemplare fielen der Polizei in die Hände, 2000 waren schon an einen Buchhändler abgegeben. Nach den davon verlaufenen Exemplaren fahndete die Polizei im Laufe des Vormittags.

Ein drei Meter hoher Grenzpfahl in Friesen, einem Grenzdorf im Bezirk Oberelsaß, wurde in den Graben geworfen und der Kaiseradler zerbrochen aufgefunden. Die deutsche Behörde leitete eine Untersuchung wegen dieses Vorfalls ein.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Die ungarische Volkspartei brachte im Abgeordnetenhaus einen Dringlichkeitsantrag dahin, die Regierung solle wegen der Gefahr der Einschleppung der Pest die österreichische Grenzsperrung.

Zum Bürgermeister von Graz wurde in der ersten Sitzung des neuwählten Gemeinderath's Dr. Graf mit 46 von 47 Stimmen wieder gewählt. Dr. Graf nahm die Wahl an.

Schweiz.

Die Bundesversammlung trat am Montag in Bern zu einer außerordentlichen Session zusammen. Die Präsidenten beider Räthe sprachen ihre Entrüstung über das Attentat Luchensis aus. Beide Räthe erhoben sich zum Zeichen der Sympathie mit dem österreichischen Kaiserhause und dem Volke von den Sizien. Voraussichtlich wird im Nationalrat der Antrag eingebracht werden, der Bundesrat solle den Niederlassungsvertrag mit Italien kündigen,

damit durch einen neuen Vertrag der Schweiz das Recht eingeräumt werden könne, von den in der Schweiz sich aufhaltenden Italienern die Beibringung eines Leumundzeugnisses zu verlangen.

Frankreich.

Unabhängig der Kammereröffnung war am Dienstag die Aufregung in der Umgebung des Parlamentsgebäudes ungeheuer. Die Polizei hatte den Konkordienplatz und die anliegenden Straßen abgesperrt. Niemand außer den Abgeordneten war der Zutritt zur Kammer gestattet. Gegen 2 Uhr erschienen Derouede und Drumont, beide wurden mit den Rufen: "Nieder mit Brisson! Nieder mit den Juden!" empfangen. Kürassiere zu Pferde drängten die Menge in die Straßen zurück. Gleich nach Eröffnung der Sitzung verließ der Kammerpräsident verschiedene Interpellationen. Brisson forderte sodann die Kammer auf, die Dreyfusangelegenheit vorläufig bei Seite zu lassen und dafür die allgemeine Politik des Kabinetts zu sprechen. Derouede sagte, es sei hohe Zeit, daß das Unglückskabinett besiegt werde. Redner wurde gezwungen, diese Worte zurückzunehmen. Der Kriegsminister Chanoine führte aus, er habe alle Achtung vor der bürgerlichen Macht. Was die Dreyfusangelegenheit jedoch anlangt, so sei er derselben Meinung wie seine Vorgänger. Deshalb habe er beim Präsidenten Fourc seine Demission eingereicht. Hierauf erklärte der Ministerpräsident Brisson mit erregter Stimme, die Haltung des Kriegsministers sei ihm unerklärlich; wenn dieser habe demissionieren wollen, dann hätte er es im heutigen Ministerium tun müssen. Infolge der Aufregung, die die Demission des Kriegsministers hervorgerufen hat, wurde die Sitzung auf eine halbe Stunde unterbrochen. Bei Wiederaufnahme der Debatte forderte Brisson die Kammer auf, die Interpellationen bis nächsten Donnerstag aufzuschieben. Sozialistische und radikale Abgeordnete stimmten Brisson zu. Dann wurde bearbeitet, über eine Tagesordnung abzustimmen, in welcher die Regierung die Überlegenheit der Zivilgewalt über die Militärgewalt erklärt. Cavaignac, der frühere Kriegsminister, legte Protest gegen diese Tagesordnung ein. Seine Stimme wurde jedoch von Rufen der Abgeordneten und von der Tribüne herab überdeckt. Er wurde ausgepfiffen.

Esterhazy richtete an den Generalprocurator am Kassationshofe Mainau ein Schreiben, in welchem er nachdrücklich erklärt, die Revision werde nicht stattfinden, ohne daß er als entschlossener und überzeugter Mann seine Denkschrift vorlege, und zwar nicht in geheimnisvoller und mysteriöser Weise, sondern für Jedermann zugänglich. Esterhazy fügt hinzu, er behalte sich vor, auf dem gesetzlichen Wege um die Mitttheilung aller auf ihn bezüglichen dem Kassationshofe vorgelegten Dokumente zu ersuchen und sich hinsichtlich derselben zu verantworten.

In der "Fronde" veröffentlicht die Schriftstellerin Soverine mehrere Briefe des Geheimagenten Lemercier-Picquart, welcher am 2. März unter rätselhaften Umständen tot aufgefunden worden, und führt auf Grund derselben aus, daß Lemercier-Picquart der eigentliche Urheber der von Henry eingestandenen Fälschung sei.

Unter dem Titel "Komplot!" bringt das Blatt "Cloche" einen längeren Artikel, worin behauptet wird, daß ein Graf von C. sich vor etwa 14 Tagen nach Brüssel begab, wo er dem Herzog von Orleans eine Summe von fünf Millionen Fr. überbrachte. Diese Summe, sagt das Blatt, sei dazu bestimmt gewesen, das Komplot gegen das Kabinett Brisson und dadurch den großen Staatsstreich in Szene zu setzen.

Spanien.

Wie verlautet, will auch der Kriegsminister Correa demissionieren. Die Königin-Regentin empfahl dem Kriegsminister, sein Entlassungsgesuch angesichts der schwierigen Lage bis zum Friedensschluß zurückzuziehen. Sagasta wird die äußerste Anstrengung machen, die Ausbreitung

der Krise zu verhindern. Der General-Kapitän von Madrid hat die Einreichung seiner Demission verschoben.

Der Madrider Korrespondent der „Kölischen Zeitung“ meldet unter dem 21. Oktober: „Ernst zu nehmende hiesige Karlisten versichern aufs Bestimmteste, daß nach dem Friedensschluß eine karlistische Erhebung stattfinden werde, welche von Navarra beginnend sich über die baskischen Provinzen, Aragon, Katalonien und Valencia ausbreiten werde. Don Carlos beabsichtige, die Grenze von Navarra zu überschreiten, weil dort am leichtesten ein paar Tausend Mann zusammenzubringen seien.“

Dänemark.

In der Montagsitzung des Reichshausausschusses des Folketing wurde von der Mehrzahl folgende Resolution angeommen: Das Folketing möge erklären, daß die von der Regierung in der Erwartung auf Nachbewilligung gemachte Ausgabe von 500000 Kronen für die Verstärkung der Kopenhagener Seebefestigung durch den Hinweis auf äußere politische Verhältnisse nicht hinreichend begründet sei; das Folketing betrachte deshalb die Aussagung als Hintansetzung seines Bewilligungsrechtes und erkläre sich gegen eine eventuelle Annahme dieser Bewilligung auf Grund eines Nachbewilligungsgesetzes.

Schweden-Norwegen.

Prinz Gustav Adolf, der älteste Sohn des Kronprinzen von Schweden und Norwegen, wird laut königlicher Kabinettsordre vom 22. d. M. einen norwegischen Erzieher erhalten. Der Premierleutnant Röhl der norwegischen Garde ist vom 1. November ab zur Dienstleistung bei dem Prinzen kommandiert worden. Damit ist der Hof in Stockholm dem ungestümen Wunsche der norwegischen Linkenpress entgegengekommen, welche daran erinnerte, daß der einstige Thronfolger die norwegische Sprache und Literatur nicht kennt.

Türkei.

Nach Meldungen aus Kreta ist es dem russischen Admiral Skrybow gelungen, in Rehymo die christliche Bevölkerung mit der mohamedanischen zu versöhnen. Die Organisation der Gendarmerie baselbst hat begonnen.

Ostasiens.

Über einen ernsten englisch-chinesischen Zwischenfall berichtet der „Daily Telegraph“ aus Peking: Am Sonntag haben chinesische Soldaten einige englische Ingenieure bei der über die Hankau-Peking-Bahn fahrenden Marco Polo-Brücke angegriffen; zwei Ingenieure sind verwundet und ein bei der Eisenbahn beschäftigter Kuli ist getötet worden. Bei Paolinfu sind, wie es in der Meldung weiter heißt, die Telegraphenbräue zerstört worden.

Provinziales.

Aus dem Kreise, 24. Oktober. Heute Nacht drang in Abwesenheit des Herrn Amtsvorsteigers in Rogowo vermutlich der Knecht in das Amtszimmer, durchsuchte sämmtliche Behältnisse und verschwand unter Mitnahme der vorgefundenen Amtsgelder im Betrage von 100 M. und einiger Kleidungsstücke. Auch wird vermutet, daß der Dieb sich mit Benutzung des Amtsiegels Papiere ausgeklemmt hat.

Culmsee, 24. Oktober. Seitens der hiesigen Polizei-Verwaltung wurde heute der Arbeiter Weilinski von hier wegen eines an seiner 15jährigen Tochter verübten Verbredens verhaftet und in das Justizgefängniß abgeliefert.

Culm, 22. Oktober. Herr Paul Blum aus Chraptitz bei Culmsee hat das am Markt gelegene Barbun'sche Kolonialwarengeschäft ohne Waarenlager für 63000 M. gekauft.

Briesen, 24. Oktober. Am 1. November feiert der Lehrer und Konsistorialrat Herr Gustav Fischer, welcher ununterbrochen am hiesigen Orte thätig gewesen ist, sein 50jähriges Amtsjubiläum. Dieser Tag wird feierlich begangen werden. Der Gesangverein, dessen Gründer und Leiter Herr Fischer ist, giebt an jenem Tage einen Unterhaltungsabend. Herr Fischer gehört seit der Gründung des Pestalozzivereins und des hiesigen Lehrerbundes beiden Vereinen an und vertritt in ihnen das Amt eines Kassirers.

Strasburg, 24. Oktober. Am Sonnabend wurde hier ein Konzert-Verein gegründet, um für den Winter gute Konzerte vorzubereiten. Etwa 25 Herren sind dem Verein sofort beigetreten und haben einen Garantiefonds gezeichnet.

Marienburg, 24. Oktober. Vom 18. bis 22. d. Ms. fand im hiesigen Lehrer-Seminar die zweite Lehrerprüfung unter dem Vorsitz des Herrn Provinzial-Schulrats Dr. Kretschmer und im Beisein der Herren Regierungs- und Schulräthe Rohrer aus Danzig und Delitzsch aus Marienwerder statt. Von den 39 Lehrern, die in die Prüfung gingen, bestanden 26.

Marienburg, 24. Oktober. Zwischen Bürgern und hiesigen Arbeitern war in einem Lokale ein Streit entstanden. Der Bürger Fr. Goertsch feuerte in dessen Verlauf, um sich vor den Verfolgern zu retten, mehrere Schüsse ab, von denen einer ein Bürgernmädchen und ein anderer den Arbeiter August Waldemar aus Soldau, beide in die linke Wange, traf. Die Bürgern flüchteten dann in das ev. Vereinshaus, wo sie erst nach bestigtem Widerstand durch die Polizei und Arbeiter festgenommen werden konnten. Das angeschossene Mädchen mußte ins Krankenhaus aufgenommen werden, der getroffene Arbeiter ist nur leicht verletzt.

Aus dem Kreise Stuhm, 23. Oktober. Ein schreckliches Unglück hat sich auf dem Wege von Bellschwitz nach Stuhm ereignet. Eine 18jährige Müllerstochter aus Bellschwitz wollte nach Stuhm fahren. Plötzlich löste sich die Bracke, die Pferde wurden schreiend und gingen durch. Da das Mädchen die Reine um die Hand gewickelt hatte, wurde es vom Wagen herabgezogen und von den Pferden fortgeschleift. Schließlich wurde sie an einem Staketenzaun geschnürt, wo sie mit entsetzlichen Verletzungen tot lag blieb.

Danzig, 24. Oktober. Ein prachtvolles Exemplar der vorgesichtlichen Eibe, dazu noch ein Unikum in seiner Art, für 10 Pfennige zu kaufen, so glücklich dürfte nicht jedes Museum sein! Das hiesige Provinzialmuseum ist in dieser glücklichen Lage gewesen. Es handelt sich um ein gewaltig großes und selten liegt bekannte aus dem Regierungsbezirk Marienwerder. Das Fundstück, welches gegenwärtig auf einem Treppenflur des Museums aufgestellt ist, wurde bereitwilligst von der betr. Forstverwaltung dem Museum überlassen, doch hatte letzteres den Holzwert mit 10 Pfg zu erlegen.

Königsberg, 23. Oktober. Der hiesige Grundbesitzer-Verein beansprucht auf Anregung des Vorständen des Armen-Unterstützungsvereins Rentier H. Krüger, das Mobiliar und das sonstige Hab und Gut der ärmeren Einwohner der Häuser seiner Mitglieder gegen Brandaufschäden auf Kosten der Hausbesitzer zu verschaffen. Anlaß zu diesem Unternehmen hat ein Brand gegeben, bei welchem eine größere Anzahl von Familien ihre gesammte Habe verlor, infolgedessen die städtische Verwaltung und die Privatwohltätigkeit halfen eingreifen mußte. Die Sicherung ist so gedacht, daß ein Hausbesitzer, welcher ärmerer Mieter in seinem Grundstück hat, die gesammte Habe derselben in Pauch und Bogen gegen Feuergefahr versichert und die Prämien aus seiner Tasche bezahlt. Die schlesische Feuerversicherungsgesellschaft, sowie die ostpreußische Bandfeuersozietät haben sich bereit erklärt, derartige Versicherungen mit den Mitgliedern des Grundbesitzer-Vereins einzugehen. Der Armen-Unterstützungsverein will sich an den Kosten der Prämien antheilweise beteiligen. Es ist eine Kommission gewählt worden, welche sich über den Plan schlüssig machen soll.

Gdansk, 23. Oktober. Durch die Heimkehr des russischen Kaisers ist der in gewisser Beziehung auf den Anwohnern der Bahn lastende Bann wieder genommen. Tage und Wochen lang vorher war die Bahn von zahlreichen Militärposten besetzt, die sich auch bis an ein Kilometer von der Bahn ausstreckten. Jedes in der Nähe derselben liegenden Gehöft, jedes Gebäude, jeder Brückenburchthal, jeder Kellereingang u. s. w. wurde ganz besonderer Aufmerksamkeit gewidmet. Niemand durfte sich der Bahn nähern, und die auf den Bahnhöfen Einstieg und Aussteigen wurden mit besonderer Sorgfalt beobachtet. Die Tag und Nacht aufmerksamen Soldaten, welche zu besserer Sicherung des Bahngleises derselben den Rücken zukehren mussten, hielten jeden Unbefugten vor der Bahn zurück. Erleichtert rückten Mannschaften und Offiziere nach dem Vorüberfahren des Kaiserlichen Zuges in ihre Quartiere und dann Garnisonen ab.

Argenau, 25. Oktober. Baugewerksmeister Fischer hat auf seinem ausgedehnten Etablissement elektrische Beleuchtung eingeführt. Im Frühjahr wird die ganze Stadt angeschlossen.

Znowrażlaw, 24. Oktober. Eine brave That vollbracht in diesen Tagen der Schneidermeister Kirsch. Als die Pferde eines Fuhrwerks im Begriff waren durchzugehen, der Kutschier zur Erde fiel und infolge Verwickelung der Leine mit seinem Landgelenk mit fortgeschleift wurde, sprang Herr Kirsch zu den Pferden und griff fest in die Bügel. Obgleich er selbst noch eine Strecke von den Pferden mitgezogen wurde und an der Hand Verstauchungen davontrug, stieß er die Pferde nicht los und brachte sie zum Stehen. Der Kutschier dasdurch mit allerhand nicht unerheblichen Verleihungen davon.

Mogilno, 23. Oktober. Bei einer dieser Tage in Wedzin abgehaltenen Treibjagd ereignete sich ein Unfall, indem Herr Landrat Dr. Wolff durch einen Schuß in den Oberschenkel verlegt wurde.

Lokales.

Culmsee, 26. Oktober. — Auf zur Wahl! Als Mahnruf in letzter Stunde möchten wir allen Gestaltungsgenossen heut' noch ans Herz legen, morgen am Wahltag zu erscheinen und ihr Wahlrecht auszuüben. Nur durch Rücksicht und Einmütigkeit können Erfolge erzielt werden. Möge man daran denken, daß den Konservativen nur wenige Stimmen im Landtag zur absoluten Majorität fehlen, um alles zum Gesetz zu machen was sie wollen. Viel Glück im Wahltag kann geschehen, wenn diese Gefahr nicht bestätigt wird.

Alle Liberalen müssen ihre Prinzipien mit Mannesmuth und Überzeugungstreue vertreten. Der Ausgang der Wahlen zum Abgeordnetenhaus wird von großem Einfluß auf die Haltung der Regierung sein und deshalb möge sich jeder der Wichtigkeit der bevorstehenden Wahl bewußt bleiben.

Berechtigt zum Wählen ist jeder Preuße, welcher das 24. Lebensjahr vollendet hat, und zwar in der Gemeinde, wo er seit 6 Monaten seinen Wohnsitz und Aufenthalt hat, also auch Arbeiter, Gesellen und Dienstboten sind stimmberechtigt. Die Entrichtung einer Steuer ist nicht Bedingung des Wahlrechts. Alle Urwähler haben zur festgesetzten Stunde, hier in Thorn um 12 Uhr, in ihrem Wahllokal zu erscheinen. Der Wahltag wird damit eingelegt, daß der Wahlvorsteher aus der Zahl der anwesenden Urwähler einen Protollführer, sowie drei bis sechs Beisitzer ernannt und verpflichtet, welche mit ihm den Wahlvorstand bilden. Die Stimmen werden zunächst zu Protokoll abgegeben und zwar darf dies weder unter einem Protest noch unter einem Vorbehalt geschehen. Ergibt sich bei der ersten Abstimmung keine absolute Majorität, so findet eine engere Wahl statt. Der Urwähler darf sich nicht eher aus dem Wahllokal entfernen, bevor das Wahlergebnis verkündigt ist und damit zugleich die Wahl ihre endgültige Erledigung gefunden hat. Denn wenn der zum Wahlmann Gewählte ablehnt, oder eine absolute Mehrheit nicht erzielt wird, so findet folglich eine Neuwahl beziehungsweise eine engere Wahl statt. — Das ist in wesentlichen Bürgen der Verlauf der Wahlhandlung und wir wollen hoffen, daß dieselbe diesmal unter recht reger Beteiligung der Wahlberechtigten von statthaften gehen wird.

Alle freisinnigen Geschäftsläden werden dringend ersucht, diejenigen

Herren ihres Personals, welche als Urwähler in die Wählerlisten eingetragen sind, für die Urwahlzeit am Donnerstag beurlauben zu wollen, damit dieselben in den Stand gesetzt werden, ihr Wahlrecht ausüben zu können. — Die Behörden ermächtigen ihren Beamten überall in gleicher Weise die Ausübung des Wahlrechts. — Wählt keine Konservativen! Die Konservativen, welche in der letzten Wahlperiode das Heft in der Hand hatten, sind schuld daran, daß viele Wünsche des preußischen Volkes unerfüllt geblieben sind. Kurz gesagt: Die Konservativen sind schuld daran, daß keine Billigung der Eisenbahnpreise, keine Beschleunigung der Kanalbauten, keine Erhöhung der Volksschule, keine kräftigere Förderung des Handwerks durch ein besseres gewerbliches Unterrichtswesen, keine den bürgerlichen Einfluß verstärkende Reform der Stadtordnung, keine die bureaukratischen Eingriffe ausschließende Änderung der Stadtordnung, kein freiheitliches Vereinsrecht, keine Änderung des geltenden Wahlrechts, insbesondere keine Aufhebung der öffentlichen Abstimmung erfolgt ist.

Wählt darum keine Konservativen Wahlmänner!

Wir bitten unsere Freunde, uns über das Resultat der morgigen Wahlmännerwahl so rasch wie möglich Nachricht telephonisch oder durch Boten zukommen zu lassen. Einige Aussagen werden gern zurückgestattet.

Gestern Abend fand eine Wählersammlung im C. v. Preißmann'schen Volksverein statt, die sehr stark besucht war. Herr Sternberg eröffnete die Versammlung mit einem Kaiserehren und erhielt darauf Herrn Landrichter Bischoff-Thorn das Wort, der zunächst über die Kompromißverhandlungen berichtete, die zu einer Einigung nicht geführt haben, da die Konservativen den Freisinnigen nicht das Recht zugestehen wollten, ihren Kandidaten selbst zu nominieren. Auch die Culmseer Versammlung sei nur eine konservative gewesen. Die Herren von der Rechten hätten den Liberalen den Vorwurf gemacht, daß sie die Einigkeit gestört, man solle einen solchen Vorwurf doch nicht Männer machen, die bei der Reichstagswahl, wo die nationale Frage maßgebend gewesen, in so hervorragender Weise mitgewirkt haben. Die Behauptung, daß die Liberalen auf die Hilfe der Polen reden, sei eine persif. Es sei nicht leicht gewesen, Männer zu finden, die das Vertrauen aller Liberalen ohne Fraktionsunterschied besitzen. Die Herren Dommes-Moritz und Kittler-Thorn bieten aber die Gewähr, daß sie nach Recht und Gewissen für das allgemeine Wohl und nicht für Sonderinteressen eintreten werden. Es liege eine prozeße Gefahr vor, wenn die rechte Seite im Abgeordnetenhaus noch verstärkt wird, es dürfte dann wohl ein solches Vereinsgesetz, das jede freie Diskussion hindert, wieder eingeführt werden und zur Annahme gelangen, umso mehr als früher das eingeführte Vereinsgesetz nur mit 4 Stimmen Majorität abgelehnt wurde. Noch eine größere Gefahr als das Vereinsgesetz wird ein Zeitzisches Schulgesetz bedeuten, das die Schule der Kirche ausliefert. In der Erkenntnis der Gefahr, daß die Regierung von den Konservativen noch weiter nach rechts gedrängt werde, hätten sich bereits die Nationalliberalen in anderen Wahlkreisen mit den Freisinnigen vereinigt, um eine Verstärkung der Konservativen zu verhindern, in Königsberg sogar unter Opferung eines ihrer Mandate. Selbst konservative hoch angesehene Männer des Wahlkreises Beeskow-Teltow-Charlottenburg warnen vor einer konservativen Mehrheit, und deshalb können die Liberalen Herrn Sieg, so redegewandt er sich auch gezeigt und so viel er auch geleistet haben wollte und versprochen habe, nicht wählen. Herr Sieg sei Mitglied des Bundes der Landwirthe und daher für einen liberalen Mann unmöglich. Die Bündler seien gegen die Goldwährung; alle Staaten beliebten uns um unsere Goldwährung und führen dieselbe bei sich ein und nun sollten wir sie den Agrarier zu Liebe fallen lassen. Der Bund sei gegen die Handelsverträge und gegen die Freizügigkeit. Die beiden Kandidaten Herren Dommes und Kittler würden dagegen eintreten für gleiches Recht für Alle und deshalb müßten alle Liberalen für dieselben stimmen. Hierauf erhält Herr Dommes-Moritz das Wort, welcher erklärte, daß er das Mandat nur mit sehr schwerem Herzen angenommen, doch habe er der Sache wegen dieses Opfers gebracht und werde, falls er gewählt werde, stets objektiv prüfen und nach seiner Überzeugung stimmen. (Bravo) Herr Rechtsanwalt Dr. Stein dankt den Nationalliberalen für ihr opfermütiges Eintreten für die beiden freisinnigen Kandidaten. Unsere Polen seien eben so gut preußische Bürger wie wir und deshalb sollte man es ihnen nicht verwehren, für einen Freisinnigen zu stimmen. Die Konservativen würden sicher eine solche Hilfe ebenfalls nicht ablehnen, sie hätten sogar im Wahlkreis Stuhm dem Polen zum Mandat

verhlossen und zum Theil für denselben gestimmt. Herr Amtsrichter Meyer-Culmsee versuchte die nationale Gefahr ins Treffen zu führen. Herr Rechtsanwalt Schlee-Thorn entgegne ihm, es sei diesesmal ein Bruderkampf, der ausgetragen werden müsse, und da sollte man die Gegenseite nicht noch mehr verschärfen, selbst die Herren Landräthe haben diesen Vorwurf, den Herr Amtsrichter Meyer den Liberalen macht, nicht erhoben, sondern ihn sojar bekämpft. Wenn sie ihr nationales Gefühl immer hervorheben, nun, was würden die Liberalen bei der Reichstagswahl einen Herren von der äußersten Linken verlangt hätten. Die Konservativen hätten doch sicher nicht für diesen gestimmt. Das hat ihnen aber die freisinnige Partei garnicht zugemutet, denn es wurde ein Mann aufgestellt, dem alle Parteien ohne Unterschied ihre Stimme leichten Herzens geben konnten. Nach unserer Meinung sieht Herr Sieg nicht auf dem liberalen Standpunkt. Es müssen Männer in den Landtag kommen, die wirklich liberal sind. Wollen Sie die Herren im Wahlkreis Beeskow-Teltow, die gegen eine konservative Mehrheit sind, wie Herr Oberst Elpons, der den meisten Gingesen des hiesigen Kreises noch bekannt sein wird, sowie die Herren Delbrück und Anderl nicht für konservativ halten? Wir haben alle Ursache, Herren vom linken Flügel zu wählen. Die Gewerbefreiheit von 1845 trägt den liberalen Geist, ist aber ein Geschenk derrone. Ich empfehle Herrn Amtsrichter Meyer, es nachzulegen. Wollen Sie etwa die freie Meinung zu Graußen; für die Gewerbefreiheit habenbrigens im Jahre 1869 auch alle Konservativen gestimmt. Wir wollen nicht einen Stand schützen, sondern alle Stände. Der Bund der Landwirthe will dieses nicht, sondern nur seine Interessen auf Kosten der Andern. Herr Bürgermeister Hartwig bedauert den Bruderrieg; wie es in dem Wahlkreis Thorn-Culm-Briesen geht, gehet es auch im Kreise Graudenz. Die Bestrebungen der Freisinnigen gingen nur von den größeren Städten des hiesigen Wahlkreises aus. Sie haben gehört, daß Herr Sieg für unsere Gegend eingetreten ist, und die Fraktion hat ihn als Nationalliberalen anerkannt. In erster Reihe kommen wir und dann die Andern. Herr Werner-Culmsee protestiert gegen den Fortschritt und will lieber einen Sozialdemokraten wählen. Herr Dr. Stein-Thorn: Die Fraktion habe darüber nicht zu bestimmen, ob einer diesem oder jenem Parteistandpunkt angehört. Als Bündler könnte Herr Sieg nicht liberal sein und sei daher für jeden Liberalen unwählbar. Volksredner sei Herr Schlee während dessen Rede genannt, tatsächlich sei das Herr Sieg. Der Schein kann uns nicht täuschen. Wir sehen uns erst die Männer an, die das allgemeine Wohl in den Vordergrund stellen und dies sind die Herren Kittler und Dommes. Herr Direktor Berendes-Culmsee: Ich kann nicht klar werden, weshalb hier die Thätigkeit des Herrn Sieg angefeindet wird. Wenn man Forderungen stellt, so kann man ja noch immer was ablassen. Herr Sieg eignet sich vorzüglich als Parlamentarier, dies wisse man von den andern hier vorgeschlagenen Herren nicht. Herr Hartwig-Culmsee meint, es seien nicht alle Freisinnigen einer Ansicht. Herr Rechtsanwalt Schlee: Es thut mir in der Seele weh, wenn ich die Herren Berendes und Hartwig auf der andern Seite sehe! Ich kann die Politik des Herrn Bürgermeister Hartwig nicht verstehen. Alles für sich und nichts für Andere! Ich bin für die Landwirtschaft, doch nicht auf Kosten anderer; weshalb sollte ich auch nicht ein Herz für die Landwirtschaft haben? Mein Vater, meine Geschwister sind Landwirthe, ich habe selbst in meiner Jugend in der Landwirtschaft mitgearbeitet. Der Kaiser will jetzt unsern Osten heben, und da ist es röhlig, daß wir Männer zur Mitarbeit finden, die diese Bestrebungen unterstützen. — Da die Zeit zu weit vorgeschritten und die Zeit für die Thorner Herren zur Abfahrt gekommen war, wurde die Versammlung geschlossen.

Die noble Kampfesart der Konservativen ist gelegentlich der in den letzten Tagen ziemlich zahlreich stattgehabten Wählersammlungen wieder einmal so recht deutlich in die Erscheinung getreten. Das hiesige konservativ-antisemitische Organ hat sich nicht gescheut, über die allgemeine Urwählersammlung vom letzten Sonnabend einen Bericht zu veröffentlichen, welcher der Wahrheit geradezu ins Gesicht schlägt und von jedem Versammlungsbetreuer, mag derselbe auch der konservativen Partei angehören, als eine seltsame Verdrehung und Fälschung der tatsächlichen Vorgänge bezeichnet werden muß. In demselben Blatt finden wir auch heute wieder einen Bericht über die von konservativer Seite einberufenen Versammlung im Schützenhaus, in welchem in ähnlicher Weise operirt wird, indem zwar die Reden der konservativen Herren sehr ausführlich behandelt sind, die unter demonstrativem Befall erfolgten Widerlegungen einfach totgeschwiegen werden. Das ist konservative Berichterstattung, mit solchen dreisten Fälschungen lämpft man auf jener

